

Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus

I Vorbemerkung

Da Rechtsextremismus allgemein als ein schillernder Begriff gilt¹, soll zunächst der Untersuchungsgegenstand eingegrenzt werden: Dieser Beitrag behandelt den Rechtsextremismus als politischen Akteur, er analysiert die Ideologie und das zielgerichtete politische Verhalten von Organisationen bzw. Führungsgruppen, die zur Realisierung ihrer Anliegen gezwungen sind, Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten zu mobilisieren.

Rechtsextremismus ist ein gängiger Bestandteil moderner Gesellschaften. Und insoweit diese Gesellschaften demokratische Partizipation zulassen, nimmt der Rechtsextremismus – mit mehr oder weniger Erfolg – am politischen Leben teil. In der Politik geht es vordringlich – folgt man Max Weber – um Machterwerb, Machtbehauptung und Gefolgschaftswerbung. Rechtsextremismus strebt also nach politischer Macht, um seine Ziele durchzusetzen. Die Machtinteressen und die damit verbundenen Ziele werden ideologisch begründet. Unter Ideologie verstehe ich hier – verkürzt² – eine Lehre zur Rechtfertigung der eigenen Machtinteressen. Derartige Rechtfertigungslehren interpretieren die soziale, politische und kulturelle Wirklichkeit in der Regel einseitig und geben sie folglich zumeist verzerrt wider. Um den eigenen Machtanspruch durchzusetzen, reicht eine Ideologie aber nicht aus. Es bedarf zudem davon abgeleiteter langfristiger Operationsplanungen, um die notwendige Massenbasis für den Machterwerb zu gewinnen. Die Strategien des Rechtsextremismus erstrecken sich zum einen auf die Popularisierung seiner Ziele und zum anderen auf entsprechende taktisch-organisatorische Gesichtspunkte. Zur Popularisierung der Ziele werden in der Regel Kampagnen durchgeführt, womit notwendigerweise taktische Überlegungen verbunden sind, wie die vorhandenen Ressourcen effektiv für die Gefolgschaftswerbung eingesetzt werden können. Die wichtigsten Ressourcen des Rechtsextremismus sind Organisation und Kooperation. Da die Organisationskapazität des Rechtsextremismus normalerweise gering ist, ist er auf Bündnispartner angewiesen. Daher kommt der Bündnis- und Sammlungspolitik in der Praxis des Rechtsextremismus nicht weniger Bedeutung zu als inhaltlichen Fragen. Aus systematischen Gründen muss zwischen thematischen und institutionellen Strategien unterschieden werden, in der Realität besteht freilich ein enger Zusammenhang zwischen beiden.

Ich werde mich zunächst mit der Ideologie des Rechtsextremismus in Deutschland beschäftigen. Im zweiten Abschnitt dieses Artikels behandle ich die maßgeblichen Ziele und die darauf gegründeten Kampagnen des Rechtsextremismus nach 1945 und im dritten Abschnitt werden eher institutionelle und taktische Aspekte der rechtsextremen Praxis beleuchtet.

II Die Ideologie des Rechtsextremismus

Was will der Rechtsextremismus, welche Ziele verfolgt er und wie rechtfertigt er seine Absichten? Um dies zu verstehen, müssen wir weit in die Geschichte zurückgehen, denn die Ideologie des Rechtsextremismus wurzelt in der Französischen Revolution von 1789. Dabei

steht die Französische Revolution beispielhaft für den Beginn eines Prozesses, der die schrittweise Ablösung des monarchischen Absolutismus durch die bürgerliche Demokratie beinhaltet.

Die liberale Bewegung drängte im 17. und dann vor allem im 18. Jahrhundert darauf, Rechte und Freiheiten in Verfassungen festzuschreiben und die Ausübung der monarchischen Gewalt durch vom Volk gewählte Parlamente zu kontrollieren. Mit der Französischen Revolution erfolgte erstmals die gesetzliche Verankerung von Menschen- und Bürgerrechten und die Festschreibung der Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und Rechtsprechung. In Deutschland vollzog sich der Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung der politischen Ordnung vergleichsweise zögerlich. Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden die ersten Parlamente, es folgten Vorformen politischer Parteien, die sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zunehmend institutionalisierten und gemeinsam mit den entstehenden Verbänden und Interessengruppen Einfluss auf die freilich immer noch weithin von den adligen Eliten bestimmte Politik gewannen. Erst mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde die Monarchie durch die Republik ersetzt, die parlamentarische Demokratie auf rechtsstaatlicher Grundlage festgeschrieben.

Der Konservatismus radikalisierte sich in dem Maß, wie Liberale und Sozialdemokraten in Deutschland politisch an Einfluss gewannen. Die erste Stufe bildete dabei die Umdeutung des Nationalismus und seine Aufwertung zu einem fundamentalen Staatsziel. Mit der Bildung des deutschen Kaiserreichs (1871) hatte sich ein Bedeutungswandel des Nationalismus vollzogen. Meinte Nationalismus ursprünglich zumeist die nationale Einheit auf der Grundlage eines Verfassungsstaats (Republik, konstitutionelle Monarchie), so zielte der Begriff nach Vollendung der deutschen Einheit auf die Bewahrung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, auf die Abwehr von demokratischen und sozialistischen, internationalistischen und ultramontanen (katholisch-abendländischen) Bestrebungen und auf die Stärkung der Machtstellung Deutschlands in der Welt. Nationalismus war nun zu einem Kampfbegriff der extremen Rechten geworden, er wurde zur obersten Richtschnur des politischen Handelns erklärt und den Prinzipien der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) entgegengestellt. Bald sollte sich der Nationalismus aber auch gegen die bestehende monarchische Ordnung selbst richten.

Nach dem Ende der Ära Bismarck (1890) setzte die nationalistische Kritik am (vor allem außenpolitischen) Kurs der großbürgerlich-aristokratischen Führungsgruppen im Reich ("Verzichtspolitik", "faule Kompromisse") und bald selbst am Kaiser ein. Vorreiter war der 1891 gegründete, imperialistische und weithin antisemitische Alldeutsche Verband. Nach dem erdrutschartigen Sieg der SPD bei den Reichstagswahlen von 1912 entstand das "Kartell der schaffenden Stände", in welchem sich Repräsentanten aus Landwirtschaft, Mittelstand und Industrie zum Kampf gegen die "rote Flut" zusammenfanden. Und es wurden Forderungen nach einem "Staatsstreich von rechts", nach einer "Revolution von oben" laut. Als die Reichsleitung am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit dem Burgfrieden die Sozialdemokratie als Verhandlungspartner akzeptierte, trommelten die nationalistischen Kreise zum Widerstand. Entgegen der offiziellen Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungskrieg bemühte sich die nationalistische Opposition um eine breite Sammlung aller Kräfte, die auf territoriale Erwerbungen drängten, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg befürworteten, einen Verständigungsfrieden im Sinne des damaligen Reichskanzlers Bethmann Hollwegs kategorisch ablehnten ("Sieg oder Untergang") und innere Reformen um jeden Preis verhindern wollten. Dies war die Geburtsstunde des Rechtsextremismus in Deutschland: Teile des Konservatismus, nämlich radikale Nationalisten, stellten sich nun gegen die eigene Klasse. Aus einer Opposition innerhalb des Systems war eine Opposition gegen das System

geworden, die selbst das monarchische Prinzip in Frage stellte – ein damals für Konservative unfassbarer Vorgang.³

Das Motiv für den fundamentaloppositionellen Aufbruch war die subjektive Überzeugung, dass das Reich durch innere und äußere Feinde unmittelbar und nachhaltig bedroht war. Da angeblich weder der Kaiser noch die Reichsregierung, das Militär und die Beamtenschaft, also die herrschenden Eliten, diese Bedrohung erkannt hätten, sie womöglich sogar verharmlosten, hielt sich die nationalistische Opposition nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet, im Interesse der Erhaltung des Reichs zum Umsturz aufzurufen. Diese Politik setzte in zweierlei Hinsicht eine überzeugende Rechtfertigung voraus:

- (1) Die eigenen Anhänger mussten davon überzeugt werden, dass der herrschende Konservatismus versagt hatte, dass seine Politik unweigerlich ins Verderben führt, wenn ihr nicht umgehend Einhalt geboten wird.
- (2) Das Volk musste von der Notwendigkeit eines Umsturzes überzeugt werden, weil dieser – selbst unter den politischen Bedingungen des Kaiserreichs – einer Massenbasis bedurfte.

So wuchs aus der konservativen Weltanschauung die gegen sie gerichtete rechtsextreme Ideologie: Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen wurden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt. Das Wesen der nationalistischen Propaganda besteht darin, Ängste zu schüren, Untergangs- oder Endzeitstimmungen zu erzeugen, indem beispielsweise der Eindruck vermittelt wird, man sei von Feinden umringt. Selbstverständlich kann der Rechtsextremismus Bedrohungen und Gefahren nicht frei erfinden, er bedarf zu seiner Entfaltung einer anfälligen bzw. aufgeschlossenen sozialen Basis. Er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der Ruf nach einer autoritären Lösung des Problems immer lauter wird und damit die Chancen für eine Machtübernahme steigen.

Charakteristisch für die Systemopposition von Rechts im Kaiserreich war aber nicht nur die Forderung nach einem im inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, sondern zugleich – sozusagen als Kehrseite der Medaille – die völkische Fundierung dieses Nationalstaats. Das Volk sollte geschlossen hinter seiner Führung stehen und deren Machtpolitik unterstützen. Das völkische Denken ist die Reaktion auf den sozialen Wandel in Zuge der Industriellen Revolution, auf den Niedergang des Adels, auf den Bedeutungsverlust des vorrangig bäuerlichen Mittelstands und auf den Aufstieg des Bürgertums und vor allem der Arbeiterschaft. Damit ging eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft einher, die sich politisch in der Bildung von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Interessengruppen niederschlug. Diese Entwicklung wurde von der extremen politischen Rechten als Zerstörung des Volkes gewertet, weil sich hier angeblich ökonomisch-soziale und politische Sonderinteressen artikulierten, welche soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit predigten, durch egoistische Ansprüche die staatliche Autorität schwächten und so die Volksgemeinschaft zersetzten. In diesem Zusammenhang spielten auch die damals aufkommenden Rassentheorien eine große Rolle. Das Germanentum wurde durch den vermeintlichen Einfluss des Judentums in seiner Existenz als bedroht angesehen.

Der Nationalsozialismus konnte ideologisch unmittelbar an die nationalistische Opposition vor 1918 anknüpfen, verstärkte aber die rassistischen, antisemitischen und antikapitalistischen ("Deutscher Sozialismus") Komponenten der Ideologie. Der Verfolgungswahn, besonders in Bezug auf Juden und andere Minderheiten, aber auch auf Kommunisten und Sozialdemokraten, steigerte sich ins Unermessliche, was seinen Niederschlag in extremer

Repression und bald auch im Holocaust fand. Aber auch der Größenwahn der Nazis, versinnbildlicht im deutschen "Herrenmenschen" und im Griff nach der Weltmacht, war nicht mehr zu überbieten. Der Aachener Politikwissenschaftler Kurt Lenk bezeichnete Verfolgungs- und Größenwahn als die beiden Kernelemente rechtsextremen Denkens. Größenwahn führe zu Nationalismus, Rassismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, zum Führerprinzip und zur Beschwörung der Volksgemeinschaft. Verfolgungswahn erzeuge Feindbilder, Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Untergangsbefürchtungen, Anti-Intellektualismus, Angst vor multikultureller Unterwanderung, vor Bürgerkrieg, Chaos und Klassenkampf.⁴

Dass es sich beim Rechtsextremismus um eine dogmatische, auf Mythen gegründete Ideologie⁵ und nicht um eine um wissenschaftliche Fundierung bemühte, rationaler Argumentation zugängliche Weltanschauung handelt, wird schon darin erkennbar, dass die beiden Kernelemente rechtsextremen Denkens miteinander kaum vereinbar sind: Warum, könnte man fragen, entwickelt der heroische, rassenreine deutsche "Herrenmensch", der soldatische Mann, der angeblich hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder und flink wie ein Windhund ist, so große Ängste gegenüber Minderheiten, die in seinen Augen schwach, primitiv, minderwertig und dekadent sind?

Tatsächlich haben wir es beim Rechtsextremismus gar nicht mit rationaler Argumentation, sondern mit Wahnvorstellungen zu tun, die zumeist in bestimmten sozialen Gruppen (ausnahmsweise auch in ganzen Gesellschaften) gedeihen, und zwar zumeist in Zeiten grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels, wenn der Verlust von Macht, Privilegien oder Sozialprestige droht bzw. bereits eingetreten ist, wenn sich gesellschaftliche Teilgruppen gegenüber anderen Gruppen benachteiligt oder zurückgesetzt fühlen. Dann entstehen kollektive Ängste und Ohnmachtsgefühle, zugleich aber auch Hass und Aggressivität. Im Kern zielt der Rechtsextremismus also darauf ab, bestehende Bedrohungsgefühle so weit zu verstärken, dass sich – gewissermaßen als äquivalent – das Bedürfnis nach Größe und Überlegenheit einstellt. Denn mit diesem Bedürfnis legitimiert er seinen Machtanspruch als Retter von Volk und Nation. Die Ideologie der Rechtsextremen hat sich in den vergangenen 100 Jahren substantiell kaum verändert. Gewandelt haben sich allerdings die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Existenz und den Erfolg des Rechtsextremismus. Um Massenresonanz zu gewinnen, musste er bemüht sein, seine Politik den veränderten Verhältnissen anzupassen.

III Politische Ziele und Kampagnen des Rechtsextremismus nach 1945

Rechtsextremismus ist eine auf Verfolgungswahn und Größenwahn gegründete Ideologie, die eine völkisch-nationalistische Ordnung anstrebt und rechtfertigt. Dieses Globalziel muss für die politische Praxis in konkrete Ziele und Maßnahmen, in zielgerichtetes politisches Verhalten übersetzt werden. In diesem Abschnitt behandle ich die wichtigen thematischen Kampagnen des Rechtsextremismus. Im folgenden Abschnitt werden eher organisatorische und taktische Aspekte der Strategie des Rechtsextremismus angesprochen.

a) Ideologische Kontinuität

Am Ende des Zweiten Weltkriegs befand sich der Rechtsextremismus in einer schweren Krise. Denn er war – selbst an seinen eigenen Ansprüchen gemessen – wiederum gescheitert. Infolge des Größenwahns der Nazis lag Deutschland in Schutt und Asche und war von den Siegermächten besetzt, die die Macht übernahmen und das Land unter sich aufteilten. Die

Nazis hatten nicht nur unermessliches Leid über die deutsche (und europäische) Bevölkerung gebracht⁶, sie hatten auch die Zerschlagung des Deutschen Reichs bzw. die Zerstörung der deutschen Nation erwirkt. Damit war die Herrschaftsform des Nationalsozialismus bei der deutschen Bevölkerung gründlich diskreditiert, nicht aber die Ideologie des Rechtsextremismus. Trotz der restriktiven Lizenzierungspolitik der Westalliierten mobilisierten extrem rechte Kräfte bei der ersten Bundestagswahl 1949 rund 2,5 Millionen Stimmen, was einen Anteil von immerhin 10,5 Prozent an den gültigen Stimmen ausmachte.⁷

Wer waren die Führungsgruppen des Nachkriegsrechtsextremismus? Was bewog, was trieb sie zur Neuauflage eines historisch so offensichtlich gescheiterten politischen Konzepts? Wie ist es ihnen gelungen, Anhänger und Wähler zu mobilisieren? Welche realen Ängste und Bedrohungen boten sich ihnen als Anknüpfungspunkte für ihre auf Dramatisierung und Wirklichkeitsverzerrung gerichtete Propaganda dar?

Strategisch hatte der Nachkriegsrechtsextremismus zwei Möglichkeiten: Er konnte sich entweder vom Nationalsozialismus distanzieren, ihn als Vernichter des Reichs geißeln und einen neuen Nationalismus konzipieren, der auf der Grundlage der veränderten weltpolitischen Gegebenheiten die Überwindung der Teilung Deutschlands, die Neuschaffung eines Deutschen Reichs gegen die Westintegrationspolitik der Alliierten und der mit ihnen kooperierenden machthabenden Parteien propagiert. Oder er konnte sich bewusst in die historische Tradition des deutschen Rechtsextremismus stellen, den Nationalsozialismus als notwendige Reaktion auf die Gefahr des Stalinismus rechtfertigen, seine Verbrechen bagatellisieren und die Zerstörung des Reichs als grobes Unrecht der Siegermächte anklagen. Beide Varianten finden sich im bundesdeutschen Rechtsextremismus.

Dass sich die alte Rechte bald als hegemonial erwies, hatte vielfältige Ursachen: Der Sieg der Alliierten wurde im Westen Deutschlands keineswegs immer als Befreiung vom Faschismus gedeutet. Große Teile der Bevölkerung empfanden die Besetzung des Landes und die enormen Gebietsverluste vielmehr als nationale Schmach und Demütigung, als Verlust der historischen und nationalen Identität. Derartige Gefühle herrschten nicht nur unter den rund zehn Millionen Vertriebenen, die bis 1947 unter enormen Strapazen in das besetzte Deutschland kamen, wo sie wenig gelitten waren und oft mehrfach umgesiedelt wurden. Die von den amerikanischen Militärbehörden damals durchgeführten Umfragen⁸ belegen, dass in der west-deutschen Bevölkerung ein erhebliches Ausmaß an Sympathien für den bzw. an Bereitschaft zur Verharmlosung des Hitler-Faschismus bestand.

Mit Blick auf seine potenzielle soziale Basis hatte der Nachkriegsrechtsextremismus folglich keinerlei Anlass, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren und einen neuen Nationalismus zu predigen. Ideologische Kontinuität drängte sich geradezu auf. So nutzte er die bestehenden Abwehrmechanismen gegen die Nazivergangenheit, um seinen Machtanspruch und seine politischen Ziele zu rechtfertigen.

b) Der Kampf um die Wiederherstellung des Deutschen Reichs

Nationalismus erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab. Nationalismus bedeutet also mehr als nur die Liebe zur oder die Identifikation mit der eigenen Nation. Nationalismus stellt vielmehr ein gesellschaftsgestaltendes Prinzip mit außen- und innenpolitischen Implikationen dar, das andere Prinzipien, wie etwa Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie oder den Völkerbundsgedanken, ablehnt und bekämpft.

Der Primat des Nationalen bedeutete nach 1945, alle Politik dem Imperativ der Überwindung der Dreiteilung Deutschlands, dem Imperativ der Wiederherstellung des Deutschen Reiches⁹ unterzuordnen. Die "nationale Frage" dominierte die Programme aller rechtsextremen Parteien und Organisationen, die sich selbst stets als die "nationale Opposition" verstanden. Der Nachkriegsrechtsextremismus betrachtete die Teilung Deutschlands als völkerrechtswidrig, als einen willkürlichen Akt der Besatzungsmächte, um Deutschland politisch zu schwächen und ökonomisch auszubeuten.

Über den erfolgversprechenden Weg zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs divergierten die Auffassungen innerhalb des Nachkriegsrechtsextremismus allerdings erheblich. Die verschiedenen Konzepte können hier nicht dargestellt werden.¹⁰ Nur so viel sei gesagt: Die Zersplitterung des Rechtsextremismus beruhte wenigstens bis Ende der 60er-Jahre primär auf den oft unvereinbaren Plänen für die nationale Einheit.

Als Feinde wurden aber nicht nur die vier alliierten Siegermächte¹¹ des Zweiten Weltkriegs angesehen, sondern auch ihre (vermeintlichen) Handlanger in Deutschland, die politischen Führungsgruppen also, die sich angeblich entweder auf die Seite der Westmächte oder auf die der Sowjetunion geschlagen hätten, und nun gemeinsam mit der jeweiligen Besatzungsmacht die weitere Vernichtung des Deutschen Reichs durch die Gründung von Teilstaaten vorantrieben und damit auch noch auf die (ehemaligen) deutschen Ostgebiete verzichteten. Folglich lehnte der Rechtsextremismus auch die angeblich von den Westalliierten durch Umerziehung¹² verordnete Demokratie als gegen Deutschland und das deutsche Volk gerichtet ab und forderte einen starken, volksgemeinschaftlich fundierten Staat, der deutsche Interessen gegen die äußeren und inneren Gegner des Reichs und des Deutschtums durchsetzt. Rassistische Komponenten fanden sich in der rechtsextremen Ideologie nach 1945 zunächst nur am Rande, und auch die soziale Frage spielte (unter den Bedingungen des "Wirtschaftswunders") eine nachgeordnete Rolle. Die Wiederherstellung des Deutschen Reichs war das Hauptthema des Rechtsextremismus.

Massenhaften Zulauf erzielte er dann aber im Kampf gegen die entspannungsorientierte Ostpolitik, zunächst der Großen Koalition (1966 bis 1969), dann der sozialliberalen Koalition, die mit ihren Ostverträgen (1969 bis 1972) von einer breiten nationalistischen Opposition ("Aktion Widerstand"¹³, "Rechtsskartell"¹⁴) bekämpft wurde. Diese Opposition reichte vom rechten, nationalliberalen Flügel der FDP über große Teile der CDU/CSU bis hin zum organisierten Rechtsextremismus und schloss eine Vielzahl von Verbänden (Vertriebene, Mittelstand etc.) ein. Bei Wahlen profitierte davon zunächst die NPD¹⁵, nach 1969 dann aber vor allem die auf die Oppositionsbänke verwiesene CDU/CSU. Die NPD bezeichnete die Ostverträge als das "zweite Versailles".¹⁶

Die deutsche Einheit 1990 beraubte den Rechtsextremismus seines Zentralthemas und stürzte ihn zunächst in eine Existenzkrise. Es passte nämlich überhaupt nicht in sein Weltbild, dass es ausgerechnet eine unionsgeführte Bundesregierung war, die die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR zu Stande gebracht hatte. Denn die CDU/CSU wurde für die Westintegration der Bundesrepublik und damit für die Spaltung Deutschlands verantwortlich gemacht. Und man warf ihr vor, nicht konsequent genug gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung vorgegangen zu sein. Helmut Kohl war in rechtsextremen Kreisen besonders verhasst, weil er als Oppositionsführer mit Blick auf das rechte Wählerlager eine "geistig-moralische Wende" versprochen, dieses Versprechen als Bundeskanzler aber nicht eingelöst und damit die Rechtskonservativen und die Rechtsextremen arg enttäuscht hatte. Dieser "Betrug" bildete einen wichtigen Anlass für die Gründung der Republikaner Ende 1983.

Folglich behaupten die rechtsextremen Parteien und Gruppierungen seit 1990, die deutsche Frage sei – mit Blick auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete – nach wie vor "offen". Damit stoßen sie aber kaum auf Resonanz, weder in Ostdeutschland, wo die Einverleibung von Gebieten mit polnischer oder russischer Bevölkerung als wenig erstrebenswert gilt, noch in Westdeutschland, wo man sich schon aus finanziellen Gründen überfordert fühlen dürfte. Großdeutsche Forderungen finden sich mit unterschiedlicher Akzentuierung in den Programmen aller rechtsextremen Parteien. Insgesamt gilt, dass der Nationalismus nach 1945 nicht mehr aggressiv oder gar militant vorgetragen wird. Dies entspricht den verfassungsrechtlichen Vorschriften und den weltpolitischen Gegebenheiten.

c) Der Kampf um die "historische Wahrheit"

Die nationale Frage erschöpft sich nach Auffassung des bundesdeutschen Rechtsextremismus nicht allein in der Wiederherstellung Deutschlands als völkisch-territoriale Einheit und als europäischer Machtfaktor. Es geht ihm zugleich darum, dessen "Niederwerfung" in ideologischer und propagandistischer Hinsicht zu bekämpfen, um die nach 1945 von den Siegern vermeintlich gezielt zerstörte nationale Identität der Deutschen wieder freizulegen. Der Kampf um die "historische Wahrheit", die Revision der von den Alliierten angeblich dekretierten und von deutschen Helfershelfern besorgten offiziellen Geschichtsschreibung, ist daher ein zentraler Bestandteil der Politik des Rechtsextremismus.

Zum einen sollen die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geleugnet, der Schuldanteil der Siegermächte und deren Kriegsverbrechen hervorgehoben und die nach 1945 von den Alliierten durchgeführten Kriegsverbrecher- und NS-Prozesse als politische Justiz und als rechtswidrig entlarvt werden ("Kriegsschuld-Lüge"). Zum anderen geht es darum, den Holocaust als historische Tatsache in Frage zu stellen, ihn zu relativieren oder die Juden selbst für ihr Schicksal verantwortlich zu machen ("Auschwitz-Lüge"). Revisionismus bedeutet im Ergebnis also Verdrängung der historischen Realität, Verharmlosung und Relativierung der Vergangenheit, Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen durch Aufrechnung von vermeintlichem oder tatsächlichem Unrecht der anderen und damit nicht zuletzt auch die Rehabilitierung rechtsextremistischer Großmachtbestrebungen.

Die Ursprünge des Geschichtsrevisionismus gehen zurück bis in die Zeit des Nationalsozialismus. Schon damals sind Anstrengungen unternommen worden, um die Judenverfolgung und die Kriegspolitik zu rechtfertigen. So hatte beispielsweise der stellvertretende Reichspressechef und spätere rechtsextreme Verleger Helmut Sündermann (Druffel-Verlag) im Jahr 1944 eine Artikelfolge unter dem Titel "Der erzwungene Krieg" veröffentlicht. Nach 1945 machten dann Kriegsverbrecherprozesse und Entnazifizierung im Interesse einer Entlastung der Beschuldigten gezielte Rechtfertigungsstrategien erforderlich, und auch rechtsextreme Organisationen waren gezwungen, ihre Existenz und ihre politischen Ziele zu legitimieren. Dies beförderte in den 50er-Jahren eine wachsende Flut von revisionistischer Literatur, die den Versailler Vertrag als die eigentliche Kriegsursache identifizierte und den Schuldanteil der USA, der UdSSR und vor allem Englands und Polens hervorhob. Vielfach wurde der Eindruck erweckt, dass der Krieg Hitler nachgerade als Notwehrhandlung aufgezwungen worden war.

1986 löste ein Zeitungsartikel des Berliner Historikers Ernst Nolte den sogenannten "Historikerstreit"¹⁷ aus. Diese von außerordentlichem öffentlichem Interesse begleitete und weithin in Tages- und Wochenzeitungen zwischen Historikern und Sozialwissenschaftlern ausgetragene Kontroverse drehte sich vordergründig um die Einzigartigkeit und

Unvergleichbarkeit des Holocaust. Im Hintergrund stand jedoch, wie es Wehler in einem polemischen Essay ausdrückt, die "Entsorgung der deutschen Vergangenheit" und das "Selbstverständnis der Bundesrepublik".¹⁸ Nolte vertritt die These, dass die Judenvernichtung der Nazis im Zusammenhang zu sehen sei mit der Vernichtung des Bürgertums und des Bauerntums in Russland nach der Oktoberrevolution, und fragt, ob der Holocaust nicht die Reaktion auf die vorangegangenen Grausamkeiten der Bolschewiki war: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der 'Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?" Der über Noltés Thesen entbrannte Streit wurde so heftig geführt, dass selbst Bundespräsident Richard von Weizsäcker dazu auf dem 37. Historikertag im Oktober 1988 Stellung bezog.¹⁹ Die Hoffnung, dass der Bundespräsident das Schlusswort zu dieser makaberen Diskussion formuliert hat, sollte sich nicht bestätigen, wie die acht Jahre später stattfindenden "Goldhagen-Kontroverse" erwies.²⁰

In Ostdeutschland stieß die aus dem Westen importierte Revisionismus-Kampagne übrigens auf großes Unverständnis und trug mit dazu bei, dass die rechtsextremen Parteien nach der deutschen Einheit zunächst erfolglos waren. Erst als sie zurückgestellt wurde²¹ und die Themen in den Vordergrund traten, die den neuen Bundesbürgern wirklich auf den Nägeln brannten, nämlich wirtschafts- und sozialpolitische Fragen sowie die innere Sicherheit, stellten sich organisatorische und Wahlerfolge ein.

d) Der Kampf gegen die "Überfremdung" des deutschen Volks

Das mit Blick auf die Mitglieder- und Wählermobilisierung erfolgreichste Projekt des (west)deutschen Rechtsextremismus ist – neben dem Widerstand gegen die Ostverträge – die Überfremdungskampagne. Denn die vermeintliche Überfremdung des deutschen Volks stellt nach Auffassung des Rechtsextremismus gegenwärtig die zentrale Bedrohung für Volk und Reich dar. Dabei hat sich erwiesen, dass es zur Erlangung von effektiver Massenresonanz nicht ausreicht, rechtsextreme Themen als Gegenstand öffentlicher Diskurse zu lancieren. Dies gelang mit der Revisionismuskampagne durchaus. Obwohl sie mit weit verbreiteten psychischen Dispositionen und pronazistischen Einstellungen korrespondiert, genießt die "Entsorgung der deutschen Vergangenheit" jedoch keinen hohen Stellenwert im Problemhaushalt der Bevölkerung. Allenfalls rechtsgerichtete Publizisten messen ihr große Bedeutung bei. Die Ausländer- bzw. Asylproblematik zählt dagegen seit langem zu den wichtigen Problemen, die in den Augen der Bevölkerung einer Lösung bedürfen, zeitweilig wurde sie sogar als das dringendste Problem angesehen.²² Weiterhin wirkt sich günstig für den Rechtsextremismus aus, dass ihm in dieser Angelegenheit eine beachtliche Problemlösungskompetenz zugeschrieben wurde.

Erst im Zusammenhang mit der Überfremdungskampagne, die Mitte/Ende der 70er-Jahre einsetzte, traten völkische und auch wieder rassistische Elemente in den Vordergrund der rechtsextremen Propaganda. Obwohl zur Überfremdungskampagne eine Fülle von Literatur vorliegt, ist sie wissenschaftlich noch kaum aufgearbeitet. Es erscheint sinnvoll, zwischen drei Phasen zu unterscheiden: Zunächst erfolgte die intellektuell-publizistische Vorarbeit, die selbst innerhalb des rechtsextremen Lagers kaum zur Kenntnis genommen wurde und folglich ohne jede öffentliche Resonanz blieb. Denn in der Bundesrepublik bestand ein breiter Konsens, dass "die Anwesenheit großer Mengen ausländischer Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik unbedingt notwendig sei".²³ Dieser Konsens wurde mit der Ölkrise 1973 und der folgenden Wirtschaftskrise

brüchig. Der 1973 von der Bundesregierung verhängte Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer bewirkte zwar einen Rückgang der Ausländerbeschäftigung²⁴, infolge des ungebremsten Familiennachzugs stieg der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung aber weiter stark an²⁵. Mit dem Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit entwickelte sich ein enormes Potenzial an fremdenfeindlichen Orientierungen in der Bevölkerung, das Anfang der 80er-Jahre bei knapp 50 Prozent lag²⁶, dann aber offenbar wieder etwas zurück ging.²⁷ Mit diesem Klimawechsel begann die zweite Phase: Der organisierte Rechtsextremismus entdeckte das, mittlerweile auch im rechtskonservativen Bereich diskutierte Thema für sich. Die Vorarbeiten der Rechtsaußen-Intellektuellen wurden nun popularisiert, in Programme und Parolen gegossen und in Politik umgesetzt. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit bewegte sich freilich zunächst noch in engen Grenzen. Nach dem Machtwechsel in Bonn (Herbst 1982) schlug die konservativ-liberale Bundesregierung eine härtere Gangart ein. Damit geriet die Problematik mehr und mehr in die öffentliche Diskussion und wurde auch Gegenstand von Wahlkämpfen, womit für den Rechtsextremismus die dritte Phase der Überfremdungskampagne einsetzte.

In Ostdeutschland stellten sich Erfolge rechtsextremer Parteien erst ein, als die Überfremdungskampagne gegen Ende der 90er-Jahre programmatisch mit sozialen Problemen zusammengeführt und damit Anschluss an die enorme Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gefunden wurde.²⁸

IV Fazit

Das langfristige Ziel des Rechtsextremismus besteht darin, die staatliche Ordnung in einen völkischen Nationalismus zu transformieren, mithin einen Systemwechsel herbeizuführen. Die Notwendigkeit eines Systemwechsels, der eigene Machtanspruch also, wird mit existenzgefährdenden, äußeren oder inneren Bedrohungen gerechtfertigt, die propagandistisch überdramatisiert werden, damit sich in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem mächtigen Staat, einem omnipotenten Führer, nach einer autoritär-volksgemeinschaftlichen Problemlösung ausbreitet. Der Rechtsextremismus bestreitet die Legitimation des bestehenden Systems. Er zielt auf seine "Delegitimation"²⁹, indem er seine Werte, Verfassung, Strukturen, Institutionen und Führungsgruppen systematisch abwertet. Rechtsextremismus bedeutet den "totalen Angriff gegen Staat und Gesellschaft"³⁰, unabhängig davon, ob er sich system-konformer oder systemwidriger Methoden bedient. Um einen Systemwechsel herbeizuführen, bedarf er einer hinreichenden Massenbasis, die durch politische Kampagnen und durch Bündnis- bzw. Sammlungspolitik mobilisiert werden soll. Als bevorzugte Adressaten des organisierten Rechtsextremismus gelten das konservative Lager sowie Bewegungen und Subkulturen, die Unzufriedenheit und Protest gegenüber den bestehenden Verhältnissen zum Ausdruck bringen. Beide ließen sich – bisher jedenfalls – aber nur ausnahmsweise als Wasserträger des Rechtsextremismus instrumentalisieren. Die Rechtskonservativen betraten die Brücke zum Rechtsextremismus zumeist nur, um diesen zu umarmen und als politische Konkurrenz auszu-schalten. Und das Protestpotenzial zeigte kaum Bereitschaft, sich institutionalisieren zu lassen. Bei der Bündnis- und Sammlungspolitik steht sich der Rechtsextremismus in der Regel selbst im Weg.

Dieser Beitrag enthält im Schriftenreihenband "Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik - Eine Bilanz auch Ausführliches zu rechtsextremistischer Publikationsarbeit sowie eine detaillierte Darstellung der Entwicklungsgrundlagen der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und ein Kapitel über "Taktisch-organisatorische Operationsplanungen des Rechtsextremismus nach 1945".

- 1 Siehe dazu den Beitrag von Jürgen R. Winkler in diesem Band.
- 2 Der Ideologiebegriff wird in den Sozialwissenschaften wesentlich komplexer diskutiert. Vgl. z.B. Kurt Lenk (Hrsg.), *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, Neuauf., Frankfurt/ M.-New York 1984.
- 3 Vgl. Stefan Breuer, *Grundpositionen der deutschen Rechten 1871-1945*, Tübingen 1999; Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997.
- 4 Kurt Lenk, *Ideengeschichtliche Dimensionen rechtsextremen Denkens*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9-10/98, S. 19.
- 5 Vgl. Helmut Fröchling, *Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus. Grundstrukturen rechtsextremer Weltanschauung. Politischer Stil, Strategien und Methoden rechtsextremer Propaganda*, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996, S. 84-123.
- 6 Der Krieg kostete insgesamt 17 Millionen Militärpersonen und 16 Millionen Zivilpersonen nichtdeutscher Herkunft das Leben. Auf deutscher Seite werden etwa vier Millionen Tote bzw. Vermisste der Wehrmacht und paramilitärischer Verbände geschätzt. Vom Holocaust waren fünf bis sechs Millionen europäische Juden betroffen. Die Zahl der zivilen Luftkriegstoten in Deutschland betrug etwa 500 000, die Vertreibungsverluste dürften 2,3 Millionen betragen haben. Wenigstens zwölf Millionen Deutsche verloren ihre Heimat (Vertriebene, Flüchtlinge). Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*, München 1992, S. 87, 112, 162 f.
- 7 Richard Stöss, *Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – eine Theorie*, in: Ders. (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 1, Opladen 1983, S. 212.
- 8 Anna J. Merritt / Richard L. Merritt (Hrsg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949*, Urbana-Chicago-London 1970; Dies. (Hrsg.), *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949-1955*, Urbana-Chicago-London 1980.
- 9 Zumeist in den Grenzen von 1937, gelegentlich aber auch in den Grenzen von 1939, also einschließlich Österreichs (der "Ostmark"). Nach dem Reichsverfassungsentwurf von Dr. Reinhard Oberlercher von 1999 besteht das Deutsche Reich sogar aus den Herzogtümern Niederfranken, Rheinfranken, Moselfranken, Mainfranken, Alemannien, Schwaben, Bayern, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Kärnten, Steiermark, Burgenland, Sudetenland, Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg (Internet-Version: www.deutsches-reich.de).
- 10 Vgl. R. Stöss (Anm. 7) S. 24 ff.
- 11 Vgl. Heinrich Härtle, *Die Kriegsschuld der Sieger. Roosevelts, Churchills und Stalins Verbrechen gegen den Weltfrieden*, Pr. Oldendorf 1971²; Erich Kern, *Verbrechen am deutschen Volk. Dokumente alliierter Grausamkeiten 1939-1949*, Göttingen 1964.
- 12 Die Umerziehung war den Rechtsextremisten besonders verhasst: "Die 'Umerziehung Deutschlands' war die große Phrase jener Jahre – alles wurde damit gedeckt. Von den Massenvergewaltigungen deutscher Frauen zu den Austreibungen aus den deutschen Ostgebieten, von den Demontagen bis zu den Nürnberger Henkerszenen.", so Helmut Sündermann, *Das Erbe des falschen Propheten*, Leoni 1957, S. 236. Die Umerziehung sei – so wurde vielfach behauptet – ein Bestandteil des Morgenthau-Plans gewesen. So beispielsweise David Irving, *Der Morgenthau-Plan 1944/45. Amerikanische Deutschlandpolitik: Sühneleistungen, "re-education", Auflösung der deutschen Wirtschaft*, Bremen 1986. Obwohl der Morgenthau-Plan (der darauf abzielte, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln) ohne Bedeutung für die tatsächliche Deutschlandpolitik der USA blieb, behaupteten die

Rechtsextremisten, der Grundgedanke des Plans, nämlich die Versklavung Deutschlands, sei durchaus realisiert worden.

13 Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: R. Stöss (Hrsg.) (Anm. 7), Bd. 2, Opladen 1984, S. 1947 ff.

14 Harald Jung / Eckart Spoo (Hrsg.), Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik, München 1971; Lutz Krauß / Michael Imhof, Das Rechtskartell in der Bundesrepublik, Frankfurt/ M. 1971.

15 Die NPD verfehlte bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag.

16 Vgl. Wolfgang Huber, Die Ostverträge, das zweite Versailles, Hannover 1972², S. 3.

17 Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

18 Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum 'Historikerstreit', München 1988, S. 197 ff.

19 "Was sollte es auch für uns bedeuten, ob Auschwitz einen Vergleich zur grausamen Ausrottung anderer Menschen aushalten könnte? Auschwitz bleibt singulär. Es geschah im deutschen Namen durch Deutsche. Diese Wahrheit ist unumstößlich. Und sie wird nicht vergessen... Historische Verantwortung bedeutet..., Geschichte als die eigene auf sich zu nehmen. Gerade um der Gegenwart willen müssen wir es tun." Die Weizsäcker-Rede ist abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 131 v. 14.10.1988.

20 Wolfgang Wippermann, Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997.- Nolte wiederholte seine Thesen übrigens zuletzt anlässlich der Entgegennahme des "Konrad-Adenauer-Preises 2000" für Wissenschaft, den ihm die rechtskonservative Deutschland-Stiftung Anfang Juni 2000 verlieh. Die Laudatio hielt der Direktor des (angesehenen) Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, der dafür von Historikerkollegen massiv kritisiert worden ist.

21 Der NPD-Vorsitzende Deckert wurde 1995 unter anderem deshalb durch Udo Vogt abgelöst, weil er die politische Arbeit der Partei zu einseitig auf den Revisionismus ausgerichtet hatte. Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 71 ff.

22 Klaus Ahlheim / Bardo Heger, Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde, Schwalbach/Ts. 1999.

23 Detlef Bischoff / Werner Teubner, Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. Ausländerpolitik und Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990, S. 38.

24 Die Ausländerbeschäftigung erreichte im September 1973 mit etwa 2,6 Millionen ihren Höchststand. Allein zwischen 1968 und 1971 verdoppelte sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten von einer Million auf 2,1 Millionen, was einen Ausländeranteil an den Beschäftigten insgesamt von knapp zehn Prozent ausmachte.

25 Dies galt insbesondere für türkische Arbeitnehmer, die bei vielen Deutschen besonders negative Assoziationen hervorrufen. Vgl. Rolf Meinhardt (Hrsg.), Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden. Beiträge gegen die Ausländerfeindlichkeit, Reinbek 1984, S. 17. Seit 1971 stellen die (damals 650 000) Türken den größten Anteil an den (damals drei Millionen) in der Bundesrepublik lebenden Ausländern. 1998 hielten sich 7,3 Millionen Ausländer legal in der Bundesrepublik auf, davon 2,1 Million Türken (29Prozent).

26 R. Stöss (Anm. 7) S. 49.

27 K. Ahlheim / B. Heger (Anm. 41) S. 18.

28 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 102 ff.

29 Vgl. Armin Pfahl-Traugber, "Konservative Revolution" und "Neue Rechte".
Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen
1998, S. 13.

30 Hans Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden,
Frankfurt/ M. 1993, S. 23 ff.